

EUROPA AM CCHEIDEMEG

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen: die Grundvoraussetzung für Frieden, Wohlstand und gesellschaftlichen Wandel

#FeministEurope #EUelections2024

Ein Manifest der Europäischen Frauenlobby

Die Wahrung und Verbesserung der Rechte und Führungsrolle von Frauen durch funktionierende institutionalisierte Mechanismen



Kurztassung	3
Manifest	5
Die nachhaltige Sicherung und Verbesserung der Rechte von Frauen über institutionalisierte Mechanismen / Die Umsetzung einer paritätischen Demokratie und der gleichberechtigten Vertretung von Frauen	8
Der Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen in Richtung eines feministischen Wirtschaftsmodells / Die Beendigung jeglicher Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die durch die patriarchalische Ordnung aufrechterhalten wird	9
Die Beendigung der neo-liberalen und patriarchalischen Ausbeutung der Körper von Frauen und Mädchen Das garantierte Recht auf die körperliche Selbstbestimmung der Frau	10
Die Einbeziehung der Stimmen von Frauen in den Friedensprozess Frauen als integraler Bestandteil des grünen Wandels	11
Endnoten	12
Danksagungen, Über die EWL, Weitere Ressourcen	13

Trotz bedeutender Fortschritte für die Rechte von Frauen und Mädchen in Europa, haben die jüngsten Herausforderungen erneut bewiesen, dass Frauen, Mädchen und Frauenrechtsorganisationen unverhältnismäßig hoch unter Krisen leiden müssen.

In der EU war 1 von 3 Frauen Opfer körperlicher und/oder sexueller **Gewalt und 1 von 2 Frauen ab 15** Jahren wurde sexuell belästigt.

schlägt Europa gerade einen entsetzlichen Rückwärtstrend ein. Geschlechterstereotypen patriarchalische Werte florieren weiterhin in unserer Gesellschaft. Frauen werden in un- oder unterbezahlte und gesellschaftlich nicht anerkannte Pflege- und Betreuungsaufgaben zurückgedrängt und verbreiteter Sexismus spricht Frauen gleiche Chancen und Empowerment in allen Lebensbereichen ab. Einige der am schwersten erkämpften Grundrechte für Frauen und Mädchen wurden wieder einkassiert. Selbst heute sterben Frauen in Europa weiterhin, weil sie keine Möglichkeit zur Abtreibung haben oder von ihren Lebenspartnern oder Familienmitgliedern umgebracht werden!

ALLER MINISTERPOSTEN IN DER EU SIND VON FRAUEN RESETZT

Wir fordern ein Europa, in dem Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt gleiche Rechte und gleiche Teilnahme in jedem Bereich sowie über gesellschaftlichen Ebenen hinweg genießen können und in dem sie von allen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung befreit sind.

Im Durchschnitt liegt das geschlechtsspezifische **Rentengefälle in Europa bei**

300/0

Es ist unerlässlich, die Rechte von Frauen und Mädchen zum Kern der Europapolitik zu machen, wenn die europäischen Projekte in Sachen Frieden, Demokratie, Inklusion, Gleichberechtigung und Solidarität erreicht werden sollen.

Wir fordern die Entscheidungsträger*innen der EU und einzelner Länder auf. Mittel bereitzustellen und bindende Maßnahmen zu ergreifen. um:



eine paritätische Demokratie und die gleichberechtigte Vertretung von Frauen zu erreichen.



für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen in Richtung eines feministischen Wirtschaftsmodells zu kämpfen,



alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu beenden. die durch die patriarchalische Ordnung aufrechterhalten werden.



die neo-liberale und patriarchalische Ausbeutung von Frauen- und Mädchenkörpern zu beenden.



die körperliche Selbstbestimmung von Frauen zu garantieren.



die Stimmen von Frauen in den Friedensprozess zu integrieren,



Frauen zu einem integralen Bestandteil des grünen und digitalen Wandels zu machen.

<u>DIE VOLLSTÄNDIGE AUSGABE UNSERES MANIFESTS GIBT UNTEN AUSKUNFT,</u>

wie Sie dazu beitragen können, echte Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern in Europa zu erreichen.

Die Europäische Union muss:

- Frauenrechtsorganisationen aktiv unterstützen. darunter auch mit Finanzmitteln und sicheren Räumen.
- eine durchaänaiae Gender-Mainstreamingdarunter Strategie verabschieden. eine geschlechtergerechte Haushaltserstellung (Gender Budgeting), die für alle politischen Instrumente der EU gilt und sich insbesondere auf wichtige Veränderungen wie den digitalen und grünen Wandel konzentriert,
- die paritätische Vertretung von Frauen und Männern bei politischen Entscheidungen in Form einer 50/50 Repräsentation jedes Geschlechts in allen EU-Entscheidungsorganen sicherstellen, auch für die "Top-Jobs" in der EU,
- im Rahmen der Halbzeitbewertung 2023 des mehriährigen Finanzrahmens (Multiannual **Financial** Framework/MFF) 2021-2027 eine geschlechtsspezifische Haushaltsanalyse durchführen.
- die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unverzüglich verabschieden, einschließlich ihrer Bestimmungen zur sexuellen Ausbeutung und Cybergewalt gegen Frauen.
- die Aufnahme von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in die Liste der EU-Straftatbestände vorschlagen. damit ein umfassender Rechtsrahmen geschaffen werden kann, der alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Violence Against Women and Girls/VAWG) enthält,
- · das Nordische (abolitionistische) Modell auf EU-Ebene einführen und die EU-Gesetzgebung im Einklang mit dem Ansatz der **Nachfragereduzierung** (end-demand approach) harmonisieren,
- die sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene (Sexual Rechte and Reproductive Health and Rights/SRHR) als Teil der Menschenrechte von Frauen und anerkennen und sie in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union einfügen, darunter auch das Recht auf eine sichere Abtreibung,
- die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates und die gesamte Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit umsetzen,
- **Gender-Mainstreaming** systematisch anwenden und einen intersektionellen Ansatz für die Rahmengestaltung von Klimastrategien und richtlinien verfolgen.

Die EU-Mitgliedstaaten müssen:

- je nach Wahlsystem gesetzlich bindende Quoten und Listen nach dem Reißverschlussverfahren einführen, um in den Positionen politischer Entscheidungsfindung eine gleich hohe Anzahl gewählter Vertreterinnen und Vertreter zu erreichen,
- im Rahmen der Menschenrechte und eines Lebenszykluskonzepts zugängliche, erschwingliche und hochwertige Pflege- und Betreuungsinfrastrukturen und -Dienste aufbauen, sie pflegen und in sie investieren, um dem Pflegeund Betreuungsbedarf an iedem Punkt entgegenzukommen,
- Frauen Zugang zu qualitativ hochwertiger Arbeit verschaffen, inklusive einem angemessenen Einkommen. Entlohnung, Sicherheit, persönlicher Weiterentwicklung und ausreichendem Sozialschutz, mit besonderem Augenmerk auf Frauen, die stärker von Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhnen betroffen sind, wie z.B. Frauen mit Behinderungen, zugewanderte Frauen, ältere Frauen und Frauen in ländlichen Gebieten.
- einen kostenlosen und leicht zugänglichen Support für alle bereitstellen, der auf den Bedarf von Opfern der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zugeschnitten ist, darunter Frauen mit Behinderungen, Frauen in ländlichen Gebieten zugewanderte Frauen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind,
- weiblichen Opfern von sexueller Ausbeutung einen wirksamen Support durch Ausstiegsprogramme bereitstellen, darunter auch Rechts-, Gesundheits-, Wohnungs- und Arbeitshilfe,
- allen Frauen, unabhängig von den jeweiligen Umständen, Zugang zu einer sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibung garantieren, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Minderheiten wie zugewanderten Frauen oder Frauen mit Behinderungen,
- · eine umfassende Beziehungs- und Sexualerziehung in die schulischen Lehrpläne integrieren, die auf Selbstständigkeit, Respekt, Gegenseitigkeit, Zustimmung, sicheren Geschlechtsverkehr genussvollen aufbauen und geschlechtsspezifische Stereotypen, die gewalttätige Realität der Pornografie und die Objektifizierung und Pornifizierung bekämpfen.
- spezialisierten Unterstützungsdienst einen für kriegsvertriebenen Frauen und Mädchen entwickeln, einschließlich eines allgemeinen Zugangs zu rechtlicher, medizinischer, psychosozialer Hilfe sowie Hilfe bei der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, die allen zugänglich und auf Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen und Frauen und Mädchen mit verschiedenen kulturellen und sprachlichen Hintergründen zugeschnitten ist,
- die Chancen des grünen Wandels ergreifen und in diesem Rahmen das geschlechtsspezifische Lohn-, Beschäftigungslangfristige **Einkommens**und Rentengefälle bekämpfen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen 04 garantieren.

WIR MÜSSEN DIE EU-WAHLEN 2024 NOTZEN, UM DIE RECHTE VON FRAUEN UND DIE GLEICHSTELLUNG ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN FEST IM HERZEN DER EU ZU VERANKERN!

UNSERE FORDERUNGEN

Nach den EU-Wahlen von 2019 gab es nur 17 weibliche Mitglieder aus ethnischen Minderheiten im Europäischen Parlament (MEP), d.h. nur

2,4% of aller MEP¹³

In der ersten Welle der COVID 19-Pandemie verbrachten Frauen

18.6 Wochenstunden

mit Haus- und Kocharbeit, Männer im Vergleich dazu **12.1 Wochenstunden**¹⁴ **33,4%**ALLER MINISTERPOSTEN IN DER EU SIND VON FRAUEN BESETZT *2

Manifest

Die allererste Präsidentin der Europäischen Kommission und ihr historisches Kabinett mit einem Team aus geschlechtlich nahezu 50/50 ausgewogenen Kommissarinnen und Kommissaren, Aufstellung die eines Kommissionsmitglieds für die Gleichstellung, die Verabschiedung der lange erwarteten Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten, die Richtlinie zur Lohntransparenz und der Vorschlag Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sind einige der jüngsten, bedeutenden Siege für die Rechte von Frauen und allen Menschen in Europa.

Die vielen Herausforderungen - die COVID 19-Pandemie, der russische Angriff auf die Ukraine, Energiekrise, die Klimakrise die Naturkatastrophen, die rasende Inflation, der schrumpfende Raum und beschränkte Mittel für die Rechte der Frauen - haben sich aber erneut stärker und unverhältnismäßig deutlicher auf Frauenrechtsorganisationen Frauen und ausgewirkt und wir beobachten die Erosion von Frauen als spezielle politische Personen. Was wir brauchen, ist ein robustes Engagement, das die Rechte von Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellt.

Zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt hat sich die geschlechtliche Ungleichheit in Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Zugang zum Gesundheitswesen verstärkt.4 In unseren Gesellschaften ist die traditionelle Rollenverteilung auf der Grundlage von Gender-Stereotypen und patriarchalischen Werten wieder im Kommen. Sie verbannt Frauen auf un- oder unterbezahlte und nicht-anerkannte Rollen in der Pflege und Betreuung und setzt die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in der Politik und dem offiziellen Arbeitsmarkt unter hohen Druck. Der vorherrschende Sexismus be- und unterdrückt Frauen und Mädchen auch weiterhin, weist ihnen einen untergeordneten Rang zu und behindert die Chancengleichheit und das Empowerment von Frauen und Mädchen in jedem Bereich. Mit der beunruhigenden Zunahme der Ungleichheit zwischen den EU-Mitgliedstaaten hat Europa begonnen, einen entsetzlichen Rückwärtstrend einzuschlagen. Einige der am härtesten erkämpften Grundrechte von Frauen und Mädchen wurden wieder einkassiert. Es ist furchtbar, dass Frauen im heutigen Europa immer noch sterben, weil sie keine Abtreibung bekommen können, wie beispielsweise in Polen, wo das faktische Verbot dieses Grundrechts mindestens sechs Frauen das Leben gekostet hat. Studien der Frauenrechtskonvention CEDAW zeigen, dass Frauen aus Minderheitsgruppen, darunter Frauen⁶ mit Behinderungen, asylsuchende Frauen und zugewanderte Frauen, Serviceleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte in vielen Ländern ebenso vorenthalten werden? Von diesen Rückschritten in Sachen Rechte der Frauen ist kein Land ausgenommen. So wurden 2021 in Frankreich beispielsweise 113 Frauen von ihren (Ex-)Partnern umgebracht und in Europa wurden 2020 rund 2600 Frauen von ihren Lebenspartnern oder Familienmitgliedern umgebracht.10 Obwohl die EU rechtlich verpflichtet ist, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranzutreiben und für Gender-Mainstreaming zu sorgen, d.h. jegliche Politik unter Gender-Aspekten zu betreiben, wurden die Grundrechte von Frauen in der Praxis noch nicht umgesetzt.

In Europa sterben jede Woche

50

Frauen durch häusliche Gewalt von männlichen Tätern." Im Schnitt verdienen Frauen in der EU

12.7%

weniger pro Stunde als Männer.

Das durchschnittliche Pensionsgefälle zwischen den Geschlechtern liegt in Europa bei

30%

und beeinträchtigt damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Sicherheit von Frauen im Alter.¹⁶

Wir fordern:

Ein Europa, in dem Frauen und Mädchen in ihrer gesamten Vielfalt gleiche Rechte und Teilhabe in allen Bereichen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen genießen, in dem Frauen von jeglicher Form der Unterdrückung und Ausbeutung befreit sind. Ein solches Europa würde der gesamten Gesellschaft zugutekommen, da es:

- die Rechtmäßigkeit und Repräsentativität europäischer Institutionen erhöht,
- dazu beiträgt, das Demokratiedefizit zwischen der EU und seinen Bürger*innen, insbesondere Frauen und Mädchen, zu verringern,
- die Wirksamkeit und Bürgernähe der EU-Politik verbessert,
- Wohlstand schafft: eine bessere Gleichstellung der Geschlechter würde das BIP in der EU bis 2050 pro Kopf um einen Wert zwischen 6,1 Prozentpunkten und 9,6 Prozentpunkten steigern. Dies entspricht einem Betrag zwischen 1,95 und 3,15 Billionen €.¹⁷
- die Beschäftigungsquote steigern: gleiche Chancen in der MINT-Bildung und auf dem Arbeitsmarkt würden die Beschäftigungsquote in der EU bis 2050 um einen Wert zwischen 2,1 Prozentpunkten und 3,5 Prozentpunkten erhöhen.¹⁸

Wir fordern von:

- den Kandidierenden die vielen verschiedenen realen Alltagsprobleme von Frauen und M\u00e4dchen in ihren Kampagnen zu ber\u00fccksichtigen und Frauenrechte auch nach ihrer Wahl ganz oben auf der politischen Tagesordnung zu halten!
- den europäischen und landesspezifischen politischen Parteien und europäischen Fraktionen Gender-Mainstreaming und Haushaltsmittel genderspezifisch in ihren Programmen zu veranschlagen!
- den Medien den Wählerinnen und Wählern unvoreingenommene, unabhängige, vollständige Informationen und einen umfassenden Überblick über ihre Optionen zu bieten, indem sie den Kandidatinnen und Kandidaten eine gleichartige Plattform zur Verfügung stellen, die Berichterstattung über Themen rund um Frauenrechte zu erweitern und alle Gender-Stereotypen und die Objektivierung von Frauen ein für alle Mal aufzugeben!
- der Wählerschaft sich zu engagieren, die Erfolgsbilanz der Kandidatinnen und Kandidaten und ihr Engagement für Frauenrechte zu prüfen und für weibliche Führungskräfte zu stimmen!
- den EU-Organen demokratisch faire und gleichberechtigte Wahlverfahren für Kandidatinnen und Kandidaten zu ermöglichen und die Verantwortung dafür zu übernehmen, so dass sie für alle öffentlichen Foren gleichermaßen sicher und einladend sind, mit der Wählerschaft zu kommunizieren, ohne dem Risiko einer geschlechtsspezifischen Irreführung oder Desinformation oder Belästigung on- oder offline aufgesetzt zu sein.

Den aktuellen Herausforderungen können wir nur gemeinsam erfolgreich entgegentreten, d.h. indem wir keine Frau und kein Mädchen zurücklassen. Frauen machen nicht nur mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus, sondern sind auch Hauptakteure für den Wandel. Deshalb müssen Frauen die Freiheit und die Macht haben, sich in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen zu engagieren, einschließlich der aktiven Teilnahme am politischen Leben durch Wählen, der Zugehörigkeit zu demokratischen Mechanismen usw. Nur wenn Frauen einbezogen sind und ihre Kompetenzen miteinfließen, können wir passende Lösungen finden und einen gesellschaftlich, wirtschaftlich und umweltfreundlich fairen Wandel vollziehen.

DIE EU-WAHLEN 2024 SIND EIN KLARER WENDEPUNKT WIR ALLE MÜSSEN JETZT VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN!

DIE NACHHALTIGE SICHERUNG UND VERBESSERUNG DER RECHTE

VON FRAUEN ÜBER INSTITUTIONALISIERTE MECHANISMEN

Die bestehenden Ungleichheiten sind tief in den ungleichen Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern verankert und werden durch den schwindenden Raum für Frauenrechte sowie die irrige Annahme verschärft, dass Gleichheit vor dem Gesetz auch zu einer echten Gleichstellung der Geschlechter führt. Der "natürliche" Fortschritt ist nicht wirksam genug, um die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern hervorzubringen – wir müssen proaktiv vorgehen.

WIR FORDERN VON ZUKÜNFTIGEN EU-ENTSCHEIDUNGSTRÄGERN:

- eine Strategie für ein durchgängiges Gender-Mainstreaming einzuführen, darunter genderspezifische Haushaltsmittel, die im gesamten politischen Instrumentarium der EU Anwendung findet und sich insbesondere auf große Veränderungen wie den digitalen und grünen Wandel bezieht,
- die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 zu prüfen, die Ergebnisse in eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2.0 für 2025-2030 miteinzubeziehen und eigenes Budget für diese Strategie bereitzustellen,
- innerhalb des EU-Rates eine Formation für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zu bilden,
- Organisationen für Frauenrechte aktiv zu unterstützen, auch mit finanziellen Mitteln und sicheren Räumen.
- eine*n EU-Kommissar*in zu ernennen, die/der ausschließlich für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter und die Durchsetzung des Gender-Mainstreaming bei allen anderen Kommissar*innen in allen Portfolios verantwortlich ist,
- ambitionierte Maßnahmen zu ergreifen, um Gender-Stereotypen. **Sexismus** sexistische Hassreden und ihre Auswirkungen in allen Gesellschaftsbereichen zu bekämpfen, auch in den Medien, online, in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Diese Maßnahmen müssen sich vor allem auf die Märchen und Desinformationen über Frauen alle Minderheitsgruppen und die sich überschneidenden Diskriminierungen konzentrieren, die sie aus anderen Gründen erfahren, wie z.B. Behinderungen, Ethnie, Alter, sexuelle Orientierung und Stand.

DIE UMSETZUNG EINER PARITÄTISCHEN DEMOKRATIE UNDDER GLEICHBERECHTIGTEN VERTRETUNG VON FRAUEN

Frauen sind keine Minderheit, sie machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Frauen sind keine homogene Gruppe, ihre Lebenserfahrungen überschneiden sich in vielerlei Hinsicht. Deshalb ist eine vielfältige und gleichberechtigte Vertretung von Frauen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Raum ausschlaggebend für die Demokratie in Europa.

WIR FORDERN VON DER EUROPÄISCHEN UNION:

- eine **zwingend vorgeschriebene Parität** in den Listen der Kandidat*innen für EU-Wahlen,
- Kandidatinnen auf wählbaren Plätzen in den Wahllisten der EU zu platzieren, indem Quoten und Methoden der abwechselnden Aufstellung von weiblichen und männlichen Kandidaten, wie beispielsweise Listen nach dem Reißverschlussverfahren, zwingend vorgeschrieben sind,
- die ausgewogene Vertretung von Frauen und M\u00e4nnern in der politischen Entscheidungsfindung im Rahmen einer 50/50-Vertretung der beiden Geschlechter in jedem EU-Entscheidungsorgan sicherzustellen, auch in den "Top-Jobs" der EU,
- die Verpflichtung der politischen Parteien zu statuieren, in ihren EU-Wahllisten sowohl eine Frau als auch einen Mann für eine führende Kandidatur aufzustellen.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN:

- ihre Kandidat*innen für die Ämter der Kommissar*innen so aufzustellen, dass eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in der Europäischen Kommission sichergestellt ist,
- je nach Wahlsystem eine bindende Gesetzgebung zu Quoten und Listen nach dem Reißverschlussverfahren zu verabschieden, um unter den gewählten Vertreter*innen für politische Entscheidungen Parität zu erreichen,
- die Rechte aller Frauen sicherzustellen, dass sie wählen, sich zur Wahl stellen und am demokratischen Leben teilhaben können, darunter auch Frauen mit Behinderungen, denen diese Rechte derzeit eventuell vorenthalten werden und/oder die zusätzlichen Barrieren in diesem Prozess ausgesetzt sind,
- bindende Maßnahmen zu verabschieden, angemessen einzuführen und zu finanzieren, um so die Sicherheit von Frauen zu garantieren, die on- oder offline am öffentlichen Leben teilnehmen,
- die schnelle Umsetzung der Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten, um die ausgewogene Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen in der Wirtschaft zu verbessern.



DER KAMPF FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT VON FRAUEN IN RICHTUNG EINES FEMINISTISCHEN WIRTSCHAFTSMODELLS

Wir müssen ein feministisches Wirtschaftsmodell aufstellen, das in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und umweltfreundlicher Gerechtigkeit verankert ist und Pflege und Betreuung als Rückgrat unserer Gesellschaft anerkennt. Wir müssen investieren, um die Feminisierung der Armut rückgängig zu machen, da sie aufgrund vielfältiger Diskriminierung vor allem Frauen in Randgruppen betrifft.

WIR FORDERN VON DER EUROPÄISCHEN UNION:

- eine Gender-Perspektive in die Finanz-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu integrieren,
- sicherzustellen, dass die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung in einen menschenrechtlichen Rahmen eingebettet wird, vom Ansatz eines ganzheitlichen Lebenszyklus ausgeht und anerkennt, dass Pflege und Betreuung einen bedeutenden Anteil unserer Wirtschaft darstellen,
- über diese Strategie hinaus einen Deal für Pflege und Betreuung in Europa aufzustellen, der dem Europäischen Grünen Deal und der Digitalen Agenda entspricht und ähnliche Investitionen dafür vorsieht.
- im Rahmen der Halbjahresprüfung 2023 des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 (Multiannual Financial Framework/MFF) eine gendergerechte Haushaltserstellung zu analysieren und sie in den zukünftigen MFF 2027-2033 zu integrieren,
- ein europaweites Pilotprojekt zum Gender-Mainstreaming bei haushaltspolitischen Entscheidungen einzuführen und seine Umsetzung und Ergebnisse mit einer speziellen Task Force zu überwachen,
- europäische Ziele für die Unterstützung und Dienstleistungen in der Pflege und Betreuung zu verabschieden, die anerkennen, welche Rolle Frauen, darunter auch ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen in der Pflege und Betreuung spielen.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN:

- in einem menschenrechtlichen Rahmen, der den gesamten Lebenszyklus umfasst, leicht zugängliche, erschwingliche und hochwertige Infrastrukturen und Dienstleistungen für die Pflege und Betreuung aufzubauen, in sie zu investieren und sie aufrechtzuerhalten, um dem Pflege- und Betreuungsbedarf jederzeit entgegenzukommen,
- Frauen Zugang zu qualitativ hochwertiger Arbeit zu verschaffen, die ein angemessenes Einkommen, gleichen Lohn, Sicherheit, eine persönliche Weiterentwicklung und einen angemessenen Sozialschutz beinhaltet und sich insbesondere auf Frauengruppen mit höheren Arbeitslosenquoten und den niedrigsten Einkommen bezieht, wie z.B. Frauen mit Behinderungen, zugewanderte Frauen, ältere Frauen und Frauen in ländlichen Gebieten,
- die Individualisierung der Sozialrechte und die (progressive) individuelle Besteuerung zu garantieren,
- eine systematische Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen durchzuführen, um so die strukturellen Ursachen für die Feminisierung der Armut anzugehen,
- das geschlechtsspezifische Rentengefälle im Rahmen einer Rentenreform anzusprechen und zu beheben.

Mehr erfahren

DIE DURCH DIE PATRIARCHALISCHE ORDNUNG AUFRECHTERHALTEN WIRD

Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Violence Against Women and Girls/VAWG) ist die am weitesten verbreitete Verletzung der Menschenrechte. Für viele Frauen und Mädchen in Europa gehört männliche Gewalt zum Alltag. Sie ist der inhärente Ausdruck struktureller Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Solange sich Frauen in Europa in ihren Wohnungen, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum nicht sicher fühlen können, kann es keinen Frieden und keine Sicherheit geben. In der EU war 1 von 3 Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr körperlicher oder sexueller Gewalt und 1 von 2 Frauen im gleichen Alter sexueller Belästigung ausgesetzt. 19

WIR FORDERN VON DER EUROPÄISCHEN UNION:

- die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, darunter auch die Bestimmungen zur sexuellen Ausbeutung und zur Cybergewalt gegen Frauen schnellstens zu verabschieden,
- im Anschluss an den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention eine*n EU-Koordinator*in für die Beendigung aller Formen der VAWG zu ernennen, die/der eine kohärente Umsetzung der verschiedenen Rechtsinstrumente sicherstellt,
- sicherzustellen, dass alle Formen der sexuellen Ausbeutung von Frauen im Rahmen der Eurokriminalität gemäß Artikel 83(1) des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) in der Gesetzgebung der EU angemessen angesprochen werden, einschließlich Prostitution und Leihmutterschaft,
- vorzuschlagen, Gewalt gegen Frauen und Mädchen in die Liste der Eurokriminalität aufzunehmen und so den Abschluss eines umfassenden Rechtsrahmens in der EU sicherzustellen, der alle Formen der VAWG umfasst.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN:

- die Istanbul-Konvention in seiner Gesamtheit vorbehaltlos zu verabschieden und umzusetzen und so Gewalt gegen Frauen und Mädchen als strukturellen Verstoß gegen die Menschenrechte und als Diskriminierung zu bekämpfen und auf jegliche Politik und Prozesse eine geschlechtssensible Perspektive anzuwenden,
- sicherzustellen, dass die Rechte von zugewanderten und geflüchteten Frauen und Mädchen geschützt werden, insbesondere bei der Gewährung eines eigenen Aufenthaltsstatus

 es sollten geschlechtsspezifische Asylanträge in Betracht gezogen werden, die Aufnahmeverfahren müssen geschlechtsspezifisch ausgerichtet sein und der Grundsatz der Nichtzurückweisung muss auf die Opfer von Gewalt gegen Frauen und Mädchen angewandt werden,
- die Bestimmungen der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sobald sie ratifiziert ist, vollständig umzusetzen.
- den Bedürfnissen von Opfern der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt, einschließlich Frauen mit Behinderungen, Frauen in ländlichen Gebieten, zugewanderte Frauen und von Wohnungslosigkeit betroffene Frauen, mit einer für alle kostenlosen, leicht zugänglichen und genau darauf zugeschnittenen Hilfe entgegenzukommen.



DIE BEENDIGUNG DER NEO-LIBERALEN UND PATRIARCHALISCHENAUSBEUTUNG DER KÖRPER VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Der Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung ist und bleibt die am weitesten verbreitete Art der Ausbeutung in der EU. Die große Mehrheit dieser Opfer sind Frauen (87%)²⁰ Ohne die Nachfrage nach Prostituierten gäbe es den Menschenhandel für sexuelle Ausbeutung nicht: Deshalb müssen wir die Prostitution und sexuelle Ausbeutung als Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen.

WIR FORDERN VON DER EUROPÄISCHEN UNION:

- das Nordische Modell (Equality-Model) auf EU-Ebene anzunehmen und die EU-Gesetzgebung im Einklang mit dem Nachfragereduzierungsansatz zu harmonisieren,
- eine effektive Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels sicherzustellen, mit besonderem Fokus auf eine geschlechtsspezifische Analyse und den Menschenhandel aus Gründen der sexuellen Ausbeutung,
- das kontinuierliche Mandat einer/eines unabhängigen Koordinator*in für die Bekämpfung des Menschenhandels sicherzustellen, um die Einführung der Richtlinie gegen den Menschenhandel sicherzustellen, und dieses Mandat nach der Einführung der Gesetzgebung zur sexuellen Ausbeutung so auszuweiten, dass sie/er auch die Einführung aller Aspekte bezüglich der Bekämpfung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen gemäß Artikel 83(1) des AEUV überwachen kann,
- die Übereinstimmung mit der Frauenrechtskonvention CEDAW und ihrer Allgemeinen Empfehlung Nr. 38 in allen gesetzlichen Rahmenwerken sicherzustellen und die Verbindung zwischen dem Menschenhandel und Prostitution anzuerkennen.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN

- Ausstiegsprogramme, einschließlich Rechts-, Gesundheits-, Wohn- und Arbeitshilfe, bereitzustellen und weiblichen Opfern von sexueller Ausbeutung so eine effektive Unterstützung zu bieten,
- die Grundbedingung zu entfernen, dass eine Sanktion nur dann erfolgen kann, wenn "bekannt" ist, dass die Person Opfer des Menschenhandels ist,
- spezielle Infrastrukturen und Dienstleistungen zu entwickeln und zu finanzieren, beispielsweise Unterkünfte, Helplines und geschulte Fachkräfte, die genau auf jene Gruppen ausgerichtet sind, die am meisten vor dem Menschenhandel und sexueller Ausbeutung geschützt werden müssen, wie Frauen aus Minderheitsgruppen, zugewanderte Frauen, junge Frauen, Frauen mit Behinderungen, von Armut betroffene Frauen oder Frauen, die Missbrauch erfahren haben.

Mehr erfahren

DAS GARANTIERTE RECHT AUF DIE KÖRPERLICHE SELBSTBESTIMMUNG DER FRAU

Reproduktiver Zwang und die Vorenthaltung einer sicheren und legalen Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen ist eine Form der Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

WIR FORDERN VO<u>n der Europäischen Union:</u>

 die sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechenden Rechte (Sexual and Reproductive Health and Rights/SRHR), darunter auch das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch, als Teil der Menschenrechte von Frauen und Mädchen anzuerkennen und sie in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu integrieren.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN:

- allen Frauen Zugang zu einem sicheren, legalen und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch zu garantieren, unabhängig von den jeweiligen Umständen und mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Minderheitsgruppen wie zugewanderte Frauen oder Frauen mit Behinderungen,
- den kostenlosen, hochwertigen und gleichberechtigten Zugang zur gesamten Palette von Verhütungsmitteln sicherzustellen, darunter Notfall-Verhütungsmittel, und weitere Forschung zu fördern, um das Risiko schädlicher Nebenwirkungen in Verhütungsmitteln für Frauen zu reduzieren und neue Formen männlicher Verhütungsmittel zu entwickeln und auf den Markt zu bringen,
- eine umfassende Beziehungs- und Sexualerziehung in die schulischen Lehrpläne zu integrieren, die auf Selbstbestimmung, Respekt, Gegenseitigkeit, Einverständnis, sicherem und genussreichem Geschlechtsverkehr beruht und Gender-Stereotypen sowie die Objektifizierung und Pornifizierung von Frauen und die Realität der Gewalt in der Pornografie bekämpft,
- die Beschneidung von Frauen sowie den Zwang zu anderen geplanten Eingriffen und alle anderen Formen geschlechtsbedingter Gewalt und Missbrauch der Sexualität und reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen, die in der Istanbul-Konvention enthalten sind, zu verhindern, zu verbieten und unter Strafe zu stellen, wie z.B. Zwangsabtreibungen, Zwangsehen und Zwangssterilisationen, auch für alle Frauen und Mädchen mit Behinderungen.



DIE EINBEZIEHUNG DER STIMMEN VON FRAUEN IN DEN FRIEDENSPROZESS

Frauen sind stets die Leidtragenden aller Kriege und bewaffneten Konflikte tragen. Sie sind einerseits eine unverhältnismäßig große Gruppe, die aus ihrem Land flüchten muss, und ihre Körper sind andererseits die Schlachtfelder, auf denen die Täter ihren Sieg verkünden. Das zeigt der Krieg in der Ukraine erneut ganz deutlich. Zugleich sind Frauen aber auch unabdinglich dafür, dass die Gesellschaft in Kriegszeiten weiterhin funktioniert. Alle Reaktionen der EU auf einen Krieg oder Konflikte müssen daher eine geschlechtergerechte Dimension enthalten.

WIR FORDERN VON DER EUROPÄISCHEN UNION:

- die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates sowie die umfassende Agenda "Frauen, Frieden und Sicherheit" vollständig umzusetzen,
- mittel- bis langfristig eine Kultur des Friedens zu fördern und Mittel dafür freizustellen,
- sicherzustellen, dass Organisationen für Frauenrechte und Frauen selbst in die Entscheidungsprozesse (Friedensverhandlungen, Wiederaufbau und Friedenssicherung usw.) miteinbezogen werden,
- die Wiederaufbauprogramme und -politik auf ihre Geschlechtergerechtigkeit zu pr
 üfen und zu beurteilen, um die Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter und Rechte der Frauen zu bewerten und sie wirksam zu überwachen.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN:

- spezialisierte Unterstützungsdienste für alle kriegsvertriebenen Frauen und Mädchen zu entwickeln, einschließlich eines breiten Zugangs zu rechtlichen, medizinischen, psychosozialen, sowie sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten, die auf Frauen mit Behinderungen, ältere Frauen und Frauen und Mädchen aus den verschiedensten Kultur- und Sprachkreisen zugeschnitten und uneingeschränkt zugänglich sind,
- sicherzustellen, dass zugewanderte Frauen und Mädchen Supportleistungen von speziell geschulten Fachkräften erhalten, die sich insbesondere bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie sexueller Ausbeutung auskennen.

Mehr erfahren



FRAUEN ALS INTEGRALER BESTANDTEIL DES GRÜNEN WANDELS

Die Überschneidung von Geschlecht, Ethnie, Rasse, Behinderungen und anderen Faktoren, einschließlich der weltweiten sozialen Ungerechtigkeit, machen den Klimawandel zu einer feministischen Frage. Frauen sind unverhältnismäßig hoch von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen, sind aber gleichzeitig bedeutende Akteurinnen, die den umweltfreundlichen Wandel vorantreiben, und müssen daher umfassend in den grünen Wandel miteinbezogen werden.

WIR FORDERN VON DER EUROPÄISCHEN UNION:

- das Gender-Mainstreaming systematisch anzuwenden und bei der Ausarbeitung der Umweltpolitik und entsprechender Bestimmungen einen übergreifenden Ansatz zu verfolgen,
- bei der Finanzierung von Klima- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen genderspezifische Haushaltsmittel freizustellen.

WIR FORDERN VON DEN EU-MITGLIEDSTAATEN

- den Frauenanteil in lokalen Ämtern und Ministerien, die Entscheidungen zum Klima treffen, zu erhöhen,
- die eskalierende Energie-Armut, die unverhältnismäßig viele Frauen betrifft, proaktiv zu verhindern.
- die Chancen **Wandels** des grünen wahrzunehmen, das IIM geschlechtsspezifische Lohn-. Beschäftigungsund lanofristice Einkommens- und Rentengefälle zu bekämpfen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu garantieren,
- die Vereinbarten Schlussfolgerungen zu Frauen, Geschlecht und Klima der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (E/CN.6/2022/L.7) vollständig umzusetzen.²¹



Endnoten

1 Fundamental Rights Agency, Violence against women: an EU-wide survey, 2014:

https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2014-vaw-survey-main-results-apr14_en.pdf

2 EIGE 2022 Gender Equality Index

3 https://www.equalpayday.be/europa/

4 EIGE 2022 Gender Equality Index

5 https://www.euractiv.com/section/health-consumers/news/polands-de-facto-abortion-ban-risks-lives-says-mep/

6https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Downlo ad.aspx?

symbolno=INT%2FCEDAW%2FCOC%2FSVN%2F51818&Lang=en

7https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Downlo ad.aspx?

symbolno=INT%2FCEDAW%2FCOC%2FHUN%2F51815&Lang=en

 $\textbf{8} https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=CEDAW%2FC%2FBEL%2FCO%2F8\&Lang=en$

9 https://www.noustoutes.org/comprendre-les-chiffres/

10 https://eige.europa.eu/publications/improving-legal-responsescounter-femicide-european-union-perspectives-victims-andprofessionals 11 https://www.womenlobby.org/EWL-unveils-a-new-factsheet-on-violence-against-women

12 EIGE 2022 Gender Equality Index

13 https://www.enar-eu.org/wp-content/uploads/2019_06-Racial-diversity-EU-Parliament-elected-MEPs.pdf

14 EIGE 2021Gender Equality Index 2021

15 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/equal-pay/gender-pay-gap-situation-euren

16 https://www.equalpayday.be/europa/

17 https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/policy-areas/economic-and-financial-affairs/economic-benefits-gender-equality

18 EIGE. Economic Benefits of Gender Equality in the European Union Overall economic impacts of gender. Available here: https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/policy-areas/economic-and-financial-affairs/economic-benefits-gender-equality

19 Fundamental Rights Agency, Violence against women: an EU-wide survey, 2014: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2014-vaw-survey-main-results-apr14_en.pdf

20 EUR-Lex - 52022DC0736 - EN - EUR-Lex (europa.eu)

21 https://www.undocs.org/Home/Mobile? FinalSymbol=E%2FCN.6%2F2022%2FL.7&Language=E&DeviceType=Deskto p&LangRequested=False

WELCHE DIE WÜRDE ALLER FRAUEN UNTERGENABEN UND DAS LEBEN VON FRAIFN IND MÄNCHFN GFFÄHRNFN!

DANKSAGUNGEN

Die Europäische Frauenlobby (EWL) möchte die Beiträge ihrer nationalen Mitgliedsorganisationen hervorheben und sich herzlich bei allen Vertreterinnen bedanken, die sich die Zeit genommen haben, dem EWL-Sekretariat ihr Fachwissen und nationales Feedback bereitzustellen. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsgruppe Frauen in der Politik.

Redaktion: Jéromine Andolfatto/Mirta Baselovic Beiträge: Laura Kaun/Konstantina Vardaramatou

Design: Esther Rizo Casado Präsidentin: Réka Sáfrány

Amtierende Generalsekretärin: Mary Collins

Dieser Bericht wurde von der Europäischen Union finanziert. Die Inhalte dieses Berichts liegen in der alleinigen Verantwortung der Europäischen Frauenlobby und geben nicht zwangsläufig die Ansichten der Europäischen Union wieder.

ÜBER DIE EUROPÄISCHE FRAUENLOBBY

Die 1990 gegründete Europäische Frauenlobby (EWL) ist der größte europäische Dachverband für Frauenverbände und vertritt mehr als 2.000 Organisationen in der EU, um sich mit ihnen für die gemeinsamen Zielvorstellungen von einem feministischen Europa stark zu machen. Die EFL hat Mitglieder in 26 EU-Ländern, in drei EU-Anwärtern (Republik Mazedonien, Serbien, Türkei), in Island und dem Vereinigten Königreich sowie in 17 europaweiten Organisationen, die die Vielfalt von Frauen und Mädchen in Europa vertreten.

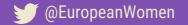
Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Mitgliedern Einfluss auf die breite Öffentlichkeit und europäischen Institutionen auszuüben, um die Menschenrechte für Frauen und die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu fördern.

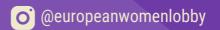


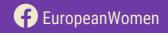
WEITERE RESSOURCEN



Scannen!







WIR IN**ÜSSEN ERNEUT STARKEN POLITISCHEN WILLEN**BEWEISEN UND ERHEBLICHE MITTEL VERTEILEN, UM DIE VERPFLICHTUNG DER EU HINSICHTLICH DER GLEICHBERECHTIGUNG ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN VORANZUTREIBEN!

https://www.womenlobby.org/

European Women's Lobby, Juni 2023

